

Volkstrauertag 2018

Demokratie ist anstrengend aber erfolgreich

Die Titelseite des Lauffener Boten gratuliert zu 70 Jahre Charta der Menschenrechte.

„Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geist der Solidarität begegnen“ so lautet der erste Artikel der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Es schließen sich 29 weitere Artikel an, sie behandeln das Verbot der Folter und der Sklaverei, die Gleichstellung von Mann und Frau, Gleichheit vor dem Gesetz und den Anspruch auf Rechtsschutz bis hin zur Religions -Informations- und Versammlungsfreiheit. Allesamt für uns Selbstverständlichkeiten.

Verabschiedet wurde diese Erklärung unter dem Eindruck des 2. Weltkriegs und dem Genozid an der jüdischen Bevölkerung Europas am 10. Dezember 1948 von 56 Staaten bei 8 Enthaltungen, heute sind 193 Länder Mitglied der vereinten Nationen und damit (eigentlich) an die Charta der Menschenrechte gebunden.

Die Charta entwickelt keine rechtliche Verbindlichkeit, stellt sehr wohl aber eine moralische Verpflichtung dar. Der aber werden nur die wenigsten Länder gerecht, die diese Charta unterschrieben haben. Selbst das Land, in dem die Vereinten Nationen ihren Sitz haben, die USA, tun sich momentan eklatant schwer mit Artikel 2, dem Verbot der Diskriminierung, dem Artikel 14, dem Recht auf Asyl oder dem Artikel 5, dem Verbot der Folter, aktuell auch mit Artikel 19, der Meinungs- und Informationsfreiheit.

Immerhin sind die USA aber ein Land, bei dem sich die Mühe lohnt, die Einhaltung der Vorgaben zu überprüfen. In vielen Ländern, großen wie kleinen, kann man sich diese Anstrengung sparen, es hakt an jeder Ecke.

Drei Lehren ziehe ich daraus.

1. Es lohnt sich, diese durch eine ehemalige First Lady der USA, Eleanor Roosevelt forcierte Deklaration mal wieder zu lesen.
2. Wir, wie oben beschrieben der Auslöser der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, haben unsere Lektion gelernt, das ist ein Grund zur Freude.
3. Bei uns ist nicht alles schlecht - den gegenteiligen Eindruck vermittelt derzeit die Diskussion um Staatsverdrossenheit und Parteienverdrossenheit.

Mein Eindruck ist, und das gilt auch verstärkt für unsere Nachbarn im Vereinigten Königreich, wir sind friedenssatt. Wir haben uns einfach daran gewöhnt, in einem Rechtsstaat zu leben, ohne Angst vor einem Konflikt mit den direkten Nachbarn.

Wir sind gewohnt an eine rechtsstaatliche Ordnung, Gleichheit vor dem Gesetz, Meinungsfreiheit und allgemeine und gleiche Wahlen. Und wir sind leider kooperationsmüde. Die Schlüssellehre aus dem 2. Weltkrieg, dass man sich um jeden Preis zusammenraufen muss, um Konflikte zu vermeiden, ist in Vergessenheit geraten. America first, Ungarn first, Frankreich den Franzosen und Deutschland den Deutschen, Brexit und Rechte Haudegen in Regierungsämtern osteuropäischer Länder wie Ungarn und Polen.

Was wäre zu tun? Es kann doch nicht ernsthaft unser Interesse sein, über, wie es Frankreichs Staatspräsident letzte Woche ausgedrückt hat, über falsch verstandenen Patriotismus, also über Nationalismus Identität und Identifikation mit dem Land herzustellen, in dem man lebt. Genau das passiert in den USA aber auch in Polen und Ungarn und in Rumänien, während die Menschen von dort in Scharen in den Westen, vorzugsweise nach Deutschland flüchten, um dort Arbeit zu finden und zu leben.

Es wird wohl auch nicht reichen, eine Pistole mit einem Knoten im Lauf auf die Titelseite des Lauffener Boten zu setzen, oder mit einem Gospelchor zum Friedenskonzert nach Frankreich zu fahren, oder die Gedenktafeln an die Opfer der beiden Weltkriege hier im Alten Friedhof zu restaurieren, damit man die Namen derer wieder lesen kann, die aus Lauffen am Neckar für das zweite oder das dritte Reich gefallen sind, und uns mahnen und darin erinnern, dass man mit einem Krieg das beste aufs Spiel setzt, was eine Gemeinschaft hat, die Jugend, die Zukunft.

Man kann aus der Geschichte viel lernen, auch darüber, wie nationale Strömungen zustande kommen. Meist ist es Unzufriedenheit mit der wirtschaftlichen oder politischen Situation oder sind es Heilsversprechen auf Besserung und Veränderung oder Beseitigung des Fremden, sei es der Jude oder der Moslem.

In Deutschland kommt ja eigentlich nur die Unzufriedenheit mit der politischen Situation in Frage. Da fällt einem zuerst die Flüchtlingskrise und dann vielleicht noch der Herr Hans-Georg Maaßen ein. Und wenn das so ist, dann müsste unsere Regierungsform, die Demokratie, mit diesen Aufgaben nicht fertig werden, dann wäre eine Unzufriedenheit angebracht. So ist das aber nicht.

Ich bin, ganz offen und ehrlich gesagt, gerade in diesen beiden Streitpunkten extrem stolz auf unsere Demokratie. Die Flüchtlingskrise hat eindrucksvoll gezeigt, wie effektiv unsere Demokratie funktioniert. Nach anfänglicher Euphorie waren viele Menschen schon 2015 skeptisch, spätestens als die Flüchtlinge auf die Städte und Gemeinden aufgeteilt wurden. Die Skepsis wuchs, als klar wurde, dass das Recht auf Asyl in vielen Fällen genutzt wurde, um Bürgerkriegsflüchtlingen eine neue Bleibe zu bieten und es wurde auch missbraucht, um als Wirtschaftsflüchtling in unser Land zu kommen, bei uns geltendes Recht zu umgehen. Damit war eine große Mehrheit der Bürger nicht einverstanden und die Politik hat ihre ursprünglichen Entscheidungen, die ich an dieser Stelle überhaupt nicht bewerten will, korrigiert. Die Regierung wurde wiedergewählt aber auch über das Wahlergebnis, und das ist in einer Demokratie der geeignete Weg, darauf hinzuweisen, dass solche Entscheidungen in

Sonntag, 18. November 2018

einer Freiheitlich-Demokratischen Grundordnung nicht von Einzelpersonen getroffen werden dürfen. Das Ganze nahm seinen parlamentarischen Weg und das ist der richtige Ort. Wenn wir jetzt noch mit den hier anerkannten Asylbewerbern auch hinsichtlich des Familiennachzuges ordentlich umgehen, und nicht Familien auseinander reißen, für diese Gruppen Perspektiven schaffen sowie gleichzeitig dafür sorgen, dass Unberechtigte wieder in ihr Ursprungsland zurückkehren, war das politische System erfolgreich.

Das gilt auch für die Causa Maaßen. Die Menschen haben gespürt, dass hier ein Amt missbraucht wurde, zuerst vom Amtsinhaber, das wäre schnell zu klären gewesen, dann aber von disparaten politischen Interessen. Auch hier wurde bei der zurückliegenden Wahl in Bayern ein klar verständliches Votum der Wähler erzielt, das zwischenzeitlich zu den wünschenswerten Konsequenzen geführt hat.

Das zeigt mir, auch wenn unsere bundesrepublikanische Demokratie im Demokratieindex des britischen Economist nur auf dem 13. von 167 Plätzen steht, was damit zusammenhängt, dass sie sehr repräsentativ also indirekt und wenig, wie in Norwegen oder Schweden, direkt organisiert ist, zum Beispiel durch Bürgerentscheide, es ist die bestmögliche Regierungsform, und sie funktioniert auch nach über 70 Jahren noch bestens. Wir sollten sie deshalb nicht schlecht reden, sondern weiter an ihrer Verbesserung arbeiten.

Und, das ist heute meine Schlussbemerkung, am Erhalt der Europäischen Union als Friedensgarant - letzten Samstag habe ich es in La Ferté-Bernard so formuliert: den Frieden bekommt man nicht umsonst. Er kostet im Falle der EU Geld, Nerven und staatliche Souveränität. Aber: er ist seinen Preis wert. Und wenn wir, auch heute Morgen, mit dem rot blühenden Klatschmohn an das vergossene Blut der Soldaten und Zivilisten aller Länder erinnert ist das auch ein Auftrag, Großbritannien nicht fahrlässig aus der europäischen Union ausscheiden zu lassen.

Ich danke meinem ersten Stellvertreter, Herrn Axel Jäger für seine Unterstützung sowie dem Neuapostolischen Chor, der Stadtkapelle und Herrn Gerhard Seidenberg für die musikalische Umrahmung